

Familienname	Vorname(n), ggf. Geburtsname	Tel.-Nr./Mobil
Geburtsdatum und Geburtsort, -staat		E-Mail
Anschrift am Ort des dauernden Aufenthalts (Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Ort)		Staatsangehörigkeit(en)

Landkreis Aurich
 Ordnungsamt
 -Ausländerbehörde-
 Fischteichweg 7-13
 26603 Aurich

Antrag auf Einbürgerung

Ich beantrage die deutsche Staatsangehörigkeit.

1. Angaben zur Antragstellerin/zum Antragsteller

Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> verwitwet		
ggf. Datum und Ort der Eheschließung/Verpartnerung		
Frühere Ehen/Lebenspartnerschaften <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	von	bis
aufgelöst durch <input type="checkbox"/> Scheidung <input type="checkbox"/> Tod	Staatsangehörigkeit(en) des früheren Ehegatten/Lebenspartners	

2. Angaben zur Ehegattin/zum Ehegatten/zur Lebenspartnerin/zum Lebenspartner

Angaben nur, wenn

- die Ehegattin/der Ehegatte oder der/die Lebenspartner/in auch die Einbürgerung beantragt
- die Einbürgerung als Ehegattin/Ehegatte oder Lebenspartner/in eines/einer Deutschen beantragt wird

Familiennamen	Vorname(n), ggf. Geburtsname	Vatersname(n)/Mittelnamen
Geburtsdatum und Geburtsort, -staat		
Staatsangehörigkeit(en)		Deutsche/r seit

3. Miteinbürgerung von Kindern

(Hier sind alle minderjährigen Kinder einzutragen, die mit eingebürgert werden sollen):

Familiennamen	Vorname(n)	männlich	weiblich	divers	Geburtsdatum und -ort	Staatsangehörigkeit(en)	Im Haushalt lebend?
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Nur auszufüllen bei minderjährigen Antragstellern bzw. mit einzubürgernden Kindern:

a) Das Sorgerecht liegt bei der Mutter dem Vater den Eltern gemeinsam

b) Das Sorgerecht beruht auf:

4. Status der Antragstellerin/des Antragstellers

Derzeitige Staatsangehörigkeit(en) <input type="checkbox"/> nicht belegt <input type="checkbox"/> belegt durch:	durch Pass, Staatsangehörigkeitsnachweis, usw. gültig bis:
Besonderer Status, z.B. Asylberechtigte/er, ausländischer Flüchtling	
Frühere Staatsangehörigkeit(en)	Verlustgrund
Asylantrag <input type="checkbox"/> gestellt <input type="checkbox"/> abgelehnt	

5. Aufenthalt (Hier bitte Auslandsaufenthalte und Inlandsaufenthalte angeben.)

von	bis	in
GEBURT		

6. Aktuelle Aufenthaltstitel

- Niederlassungserlaubnis
- Aufenthaltserlaubnis gemäß § gültig bis
- andere Aufenthaltstitel/-rechte

7. Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache

- Ja, belegt durch
 - Nein (dies kann zur Ablehnung Ihres Einbürgerungsantrages führen)
- Gründe:

8. Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland?

- Ja, belegt durch
 - Nein (dies kann zur Ablehnung Ihres Einbürgerungsantrages führen)
- Gründe:

9. Eltern der Antragstellerin/des Antragstellers **Leibliche Eltern** **Adoptiveltern**

Vater:

Mutter:

Familienname (ggf. auch Geburtsname) oder Eigenname	Familienname (ggf. auch Geburtsname) oder Eigenname
Vorname(n), Vatersname(n)/Mittelnname	Vorname(n), Vatersname(n)/Mittelnname
Geburtsdatum, -ort, -staat	Geburtsdatum, -ort, -staat
Familienstand zum Zeitpunkt Ihrer Geburt	Familienstand zum Zeitpunkt Ihrer Geburt
Staatsangehörigkeit(en) zum Zeitpunkt Ihrer Geburt	Staatsangehörigkeit(en) zum Zeitpunkt Ihrer Geburt

10. Straftaten im In- und Ausland (Anzugeben sind auch Strafbefehle sowie Verurteilungen, die nicht in ein Führungszeugnis nach dem Bundeszentralregistergesetz aufzunehmen sind.)

Ja
 Nein

Datum	Tatbestand	Strafmaß	Gericht/Behörde

Anhängige Ermittlungsverfahren im In- und Ausland (Fortsetzung bitte aus gesondertem Blatt)

Wann	Gericht/Behörde

11. Wirtschaftliche Verhältnisse

Arbeitnehmer
 selbstständig
 unbefristetes Arbeitsverhältnis

befristetes Arbeitsverhältnis bis

Berufsbezeichnung	Brutto-Einkünfte in Euro
Bezug von Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, Leistungsart:	Betrag in Euro
Sonstige Leistungen, z.B. BAföG, Wohngeld <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, Leistungsart:	Betrag in Euro
Haben Sie Familienangehörige, denen Sie zum Unterhalt verpflichtet sind? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, Name:	Betrag in Euro

Nur zu beantworten, wenn keine eigenen Einkünfte vorhanden sind:

Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	durch (Name, Anschrift)
Einkünfte Unterhaltspflichtiger <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	Betrag in Euro

12. Vermeidung von Mehrstaatigkeit

Mir ist bekannt, dass die Einbürgerung grundsätzlich auch die Aufgabe oder den Verlust meiner bisherigen Staatsangehörigkeit erfordert und dass es Ausnahmen von diesem Grundsatz gibt, über die mich die Einbürgerungsbehörde bei Bedarf und auf mein Nachfragen hin weitergehend berät.

Eigene Bemerkungen:

13. Sonstiges

Als Antragstellerin/Antragsteller versichere ich, dass ein Antrag auf Einbürgerung

bisher noch nicht gestellt wurde.

am bei folgender Behörde:

mit dem Aktenzeichen:

gestellt und wie folgt beschieden wurde:

14. Nur bei minderjährigen Antragstellern auszufüllen:

Vater:

Mutter:

Familiennamen	Familiennamen
Vorname(n), ggf. Geburtsname	Vorname(n), ggf. Geburtsname
Ehe der Eltern besteht noch <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein, aufgrund von <input type="checkbox"/> Scheidung <input type="checkbox"/> Tod des Vaters/der Mutter	
Die Vertretungsbefugnis liegt bei <input type="checkbox"/> Eltern <input type="checkbox"/> Mutter <input type="checkbox"/> Vater <input type="checkbox"/> sonstige:	
Die Vertretungsbefugnis begründet sich auf (bitte Beleg beifügen) <input type="checkbox"/> Sorgerecht <input type="checkbox"/> gerichtliche Anordnung	

Unterschrift(en)

Unterschrift(en) der Einbürgerungsbewerberin/des Einbürgerungsbewerbers bzw. vor Vollendung des 16. Lebensjahres von der gesetzlichen Vertreterin/dem gesetzlichen Vertreter/den gesetzlichen Vertretern

Ort, Datum

Unterschrift(en)

Ich/wir beantrage(n)

- die Einbürgerung des unter Nr. 1 genannten Kindes
- die Miteinbürgerung des/der unter Nr. 3 genannten Kindes/Kinder

Ort, Datum

(Vater)

(Mutter)

Die vorstehende(n) Unterschrift(en) wurde(n) vor mir vollzogen.

Bezeichnung der Behörde

Ort, Datum

Unterschrift und Amtsbezeichnung

Erklärung zum Einbürgerungsantrag

Familienname, Vorname(n)	Geburtsdatum, und -ort
--------------------------	------------------------

1. Ich bin über die allgemeinen Voraussetzungen einer Einbürgerung informiert worden. Mir ist bekannt, dass dazu grundsätzlich auch die Aufgabe oder der Verlust meiner bisherigen Staatsangehörigkeit gehört.

2. Über meine Verpflichtung zur Mitwirkung am Einbürgerungsverfahren bin ich ebenfalls unterrichtet worden. Die für die Bearbeitung meines Antrags erforderlichen Angaben werden von mir vollständig gemacht und mit geeigneten Nachweisen belegt. Dazu gehören insbesondere die Loyalitätserklärung und die Offenbarung von Verurteilungen wegen Straftaten und über strafrechtliche Ermittlungsverfahren im In- und Ausland. Die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben und der zu ihrem Nachweis beigefügten Unterlagen wird von mir ausdrücklich versichert. Ich werde die mir zurückgegebenen Originalunterlagen bis zum Abschluss des Verfahrens aufbewahren. **Sämtliche Änderungen in meinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die sich im Laufe des Einbürgerungsverfahrens ergeben, und jede Änderung meiner Adresse werde ich unverzüglich schriftlich mitteilen.**

3. Mir ist bekannt, dass falsche oder unvollständige Angaben oder das Verwenden von falschen oder verfälschten Unterlagen zur Ablehnung des Einbürgerungsantrages und zur strafrechtlichen Verfolgung führen können. Mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen eine Einbürgerung zu erschleichen (§ 42 Staatsangehörigkeitsgesetz). Sofern dies erst später entdeckt werden sollte, kann dies zur Rücknahme der Einbürgerung führen.

4. Mir ist auch bekannt, dass für die Bearbeitung des Antrags Kosten erhoben werden. Die Verwaltungsgebühr beträgt derzeit 255 Euro pro Person; werden minderjährige Kinder mit einem sorgeberechtigten Elternteil eingebürgert, beträgt die Einbürgerungsgebühr pro Kind 51 Euro, ob eine Gebührenermäßigung in Betracht kommt, kann auf Antrag geprüft werden. Auch die Ablehnung oder Rücknahme des Antrags ist grundsätzlich kostenpflichtig. Die Verwaltungsgebühr wird mit Beginn der Bearbeitung des Antrages bei der Einbürgerungsbehörde fällig.

Ort, Datum

Unterschrift

Unterrichtung über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Einbürgerungsverfahren

Um die Voraussetzungen für Ihre Einbürgerung prüfen zu können, werden personenbezogene Daten benötigt, die bei anderen Behörden vorhanden sind.

In allen Fällen werden Auskünfte bei der Ausländerbehörde eingeholt, bei der Polizei und dem Bundeszentralregister ab dem 14. Lebensjahr, bei dem Landesamt für Verfassungsschutz ab dem 16. Lebensjahr. Es handelt sich dabei um Erkenntnisse über Straf- und Ermittlungsverfahren, über verfassungsfeindliche oder extremistische Betätigungen und das Vorliegen von aufenthaltsrechtlichen Ausweisungsgründen. Bei der Ausländerbehörde werden darüber hinaus Angaben zu Dauer und Rechtsgrundlagen Ihres Inlandaufenthaltes erhoben.

Zur Einholung dieser Informationen ist die Einbürgerungsbehörde gesetzlich ermächtigt. Die Ermächtigung gilt auch für weitere Auskünfte, die zur Bearbeitung des Antrags oder zur Überprüfung von Angaben erforderlich sind. Hiervon macht die Behörde nur Gebrauch, wenn und soweit es im Einzelfall nötig ist. In Betracht kommen Auskünfte über Wohnungsanmeldungen, zur Geschäftsfähigkeit oder gesetzlichen Vertretung, zu Strafverfahren und Eintragungen im Schuldnerverzeichnis bei den zuständigen Behörden und Gerichten.

Für die Antragsbearbeitung sind weiter Auskünfte der Agentur für Arbeit bzw. der für die Leistungsgewährung zuständigen kommunalen Träger, der Sozialbehörden oder anderer Stellen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen erforderlich. Außerdem wird bei den Finanzbehörden um Auskunft über Ihre Einkommensverhältnisse einschließlich etwaiger Steuerverfahren erbeten.

Mit Ihrer Auslandsvertretung darf im Zusammenhang mit einer erforderlichen Entlassung aus Ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit Kontakt mit Ihrer Auslandsvertretung aufgenommen werden. Ihre personenbezogenen Daten werden für das Einbürgerungsverfahren in einer automatisierten Datei gespeichert. Diese Datei wird ausschließlich verwaltungsintern zur elektronischen Bearbeitung des Antrags benutzt

Mit Ihrer Unterschrift willigen Sie hiermit ein.

Ort, Datum

Unterschrift

Merkblatt zur Verfassungstreue und Absage an alle Formen des Extremismus

Familienname, Vorname(n)	Geburtsdatum, und -ort
--------------------------	------------------------

Sehr geehrte Dame,
sehr geehrter Herr,

mit der Beantragung Ihrer Einbürgerung streben Sie an, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Das deutsche Volk, zu dem Sie dann gehören, hat sich zur Festlegung der gemeinsamen Werte und seiner staatlichen Ordnung eine Verfassung - das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland - gegeben, die über allen anderen Rechtsnormen steht und von allen Deutschen als unverbrüchlich anzuerkennen ist.

- Das Staatsangehörigkeitsgesetz verlangt daher als Voraussetzung für jede Einbürgerung ein Bekenntnis zur **freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes**, deren grundlegende Prinzipien unter **Nummer 1** erläutert sind.
- Weiter müssen Sie erklären, dass Sie keine **extremistischen Bestrebungen verfolgen oder unterstützen**. Sofern Sie das früher getan haben, müssen Sie glaubhaft machen, dass Sie sich inzwischen von derartigen Bestrebungen **abgewandt** haben. Erläuterungen zur so genannten „**Loyalitätserklärung**“ finden Sie unter **Nummer 2**.
- Schließlich müssen Sie vor der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde **feierlich erklären, dass Sie das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten** und alles unterlassen werden, was ihr schaden könnte. Das **feierliche Bekenntnis** ist unter **Nummer 3** erklärt.

Informationen über das Grundgesetz und die freiheitliche demokratische Grundordnung gehören zu den Kenntnissen über die Rechts- und Gesellschaftsordnung unseres Landes, über die deutsche Staatsangehörige grundsätzlich verfügen sollen. Das Merkblatt fasst die wichtigsten Gesichtspunkte zusammen, die Ihnen gegenwärtig sein sollten, wenn Sie die genannten Erklärungen abgeben.

1. Die freiheitliche demokratische Grundordnung

Die im Grundgesetz verankerte freiheitliche demokratische Grundordnung ist die Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie beschreibt eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt; sie ist eine rechtsstaatliche Ordnung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit, die den Schutz der Menschenwürde, der Freiheit und Gleichheit als oberste Ziele anerkennt.

Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen:

1.1 Demokratie und Volkssouveränität

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird durch Abstimmungen, allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlen und durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlamente), der Rechtsprechung (Gerichte) und Verwaltung (Behörden) ausgeübt.

1.2 Rechtsstaatlichkeit

Die Parlamente sind an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden, Gerichte und Behörden an Recht und Gesetz.

1.3 Recht auf eine parlamentarische Opposition

Die in den Parlamenten vertretenen Parteien, die nicht an der Regierung beteiligt sind, stellen die Opposition dar; sie bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe, sie zu kontrollieren.

1.4 Verantwortlichkeit und Ablösbarkeit der Regierung

Die Regierung ist dem Parlament für ihre Tätigkeit rechenschaftspflichtig und verantwortlich; sie kann durch das Parlament abgelöst werden.

1.5 Unabhängigkeit der Gerichte

Die Gerichte sind unabhängig. Sie können von Regierungen oder Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richterinnen und Richter sind nur dem Gesetz und ihrem Gewissen bei der Rechtsanwendung verpflichtet.

1.6 Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft

Gewalt und Willkür sind der freiheitlichen demokratischen Grundordnung fremd. Dort, wo ausnahmsweise Gewalt angewendet werden muss, ist dies durch ausdrückliche gesetzliche Regelungen unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips angeordnet und staatlichen Organen vorbehalten.

1.7 Menschenrechte, wie sie im Grundgesetz und der Verfassung des Landes Baden-Württemberg konkretisiert sind

Die Achtung vor den Menschenrechten ist ein Stützfeiler der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Dazu gehört vor allem das Recht der Persönlichkeit auf Leben und Entfaltung.

2. Loyalitätserklärung: Keine Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen

Sie müssen wahrheitsgemäß erklären, dass Sie keine extremistischen Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder dies früher getan haben; andernfalls müssen Sie glaubhaft machen, dass Sie sich von diesen Bestrebungen abgewandt haben.

2.1 Schutz vor extremistischen Bestrebungen

Bestrebungen sind politisch bestimmte Verhaltensweisen, die auf ein bestimmtes Ziel, wie etwa die Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, gerichtet sind. Einbürgerungsschädlich ist die Verfolgung oder Unterstützung von Bestrebungen gegen folgende besonders geschützte Rechtsgüter:

- **Freiheitliche demokratische Grundordnung**
Mit Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind Ziele und Aktivitäten gemeint, die den Kern der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland beschädigen oder die Verfassung insgesamt beseitigen wollen.
- **Bestand des Bundes oder eines Landes**
Aktivitäten gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes liegen dann vor, wenn die staatliche Einheit beseitigt werden oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abgetrennt werden soll.

- **Sicherheit des Bundes oder eines Landes**
Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes liegen dann vor, wenn die Funktionsfähigkeit des Bundes oder eines Landes beeinträchtigt werden soll.
- **Schutz der Amtsführung der Verfassungsorgane oder ihrer Mitglieder**
Bestrebungen, die die Nötigung von Verfassungsorganen, z.B. des Bundespräsidenten, zum Ziel haben, fallen unter die Fallgruppe des Schutzes der Amtsführung der Verfassungsorgane.
- **Gefährdung der auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland**
Die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland sind berührt, wenn von deutschem Boden zur Durchsetzung religiöser, politischer oder sonstiger Ziele Bestrebungen ausgehen, die gewaltsam die politischen Verhältnisse in einem ausländischen Staat verändern wollen oder die gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind. Dadurch kann das friedliche Zusammenleben der Bundesrepublik mit einem anderen Staat oder das Verhältnis zu dessen Regierung beeinträchtigt werden. Die Gewalt muss nicht in Deutschland stattfinden, es können hier auch „nur“ die entsprechenden Vorbereitungen getroffen werden, um im Ausland gegen Nichtdeutsche gewaltsam vorzugehen. So reicht es aus, wenn eine politische Exilorganisation im Ausland Gewalt anwendet und in Deutschland durch Spenden, organisatorisch oder durch eine länger währende passive Teilnahme an Veranstaltungen unterstützt wird.

2.2 Merkmale extremistischer Bestrebungen

Extremistische Bestrebungen finden sich insbesondere in folgenden Erscheinungsformen

- **Extremistische Organisationen von Ausländern**
Das Spektrum ausländerextremistischer Organisationen in Deutschland umfasst linksextremistische, nationalistische, separatistische und islamistische Bestrebungen. Linksextremisten wollen in ihrem Heimatland die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung beseitigen und sie durch einen sozialistisch-kommunistischen Staat ersetzen. Die ideologischen Grundgedanken der Linksextremisten beruhen auf dem Marxismus-Leninismus sowie teilweise auf dem Maoismus. Nationalisten besitzen ein übersteigertes Nationalgefühl gegenüber anderen Völkern, auf die sie mit Geringschätzung und Verachtung herabsehen und die sie in entsprechender Weise beschimpfen. Für Nationalisten ergibt sich der Wert eines Menschen nur aus der Zugehörigkeit zu der eigenen, angeblich allen anderen Völkern überlegenen Nation. Separatisten streben nach der Loslösung und Unabhängigkeit ihrer Volksgruppe von dem Staat in ihrer Heimat. Islamisten missbrauchen die Religion des Islam gegenüber Angehörigen des eigenen Glaubens und gegenüber Anderen, die sie als „Ungläubige“ bezeichnen (besonders Juden, Christen usw.). Islamisten sind der Ansicht, dass ihr Verständnis des Islam und von Staat und Gesellschaft das allein richtige ist. Islamisten wollen, dass sämtliche Bereiche des Lebens ausnahmslos von den Regeln der islamischen Religion beherrscht werden. Sie verneinen die gesetzlich vorgeschriebene Trennung von Staat und Religion in Deutschland. Manche Islamisten wollen die absolute Vorherrschaft der Religion mit Gewalt und Terror durchsetzen und sind bereit, für die Verwirklichung dieses Ziels Menschen zu töten.
- **Rechtsextremistische Organisationen**
Rechtsextremisten gehen von einer „biologischen“ Ungleichheit der Menschen aus. Sie teilen Menschen u.a. nach ihrem Aussehen, ihrem Geschlecht, ihrer Sprache, ihrer Herkunft, ihrer Zugehörigkeit zu einem Volk bzw. zu einer „Rasse“ (Hautfarbe) in verschiedene Gruppen ein. Diesen Gruppen sprechen Rechtsextremisten unterschiedliche Wertigkeiten zu und verneinen die für alle Menschen gültigen Menschenrechte. Besonders charakteristisch für Rechtsextremisten sind:

- Übersteigter Nationalismus gegenüber anderen Staaten und Völkern.
- Feindlichkeit bis hin zu Hass gegenüber Ausländern und Minderheiten.
- Judenfeindlichkeit (Antisemitismus).
- Das Fehlen von Toleranz gegenüber Fremden oder Andersdenkenden, was in Hass und Gewalt gegen andere Menschen umschlagen kann.
- Anstelle der freiheitlichen Demokratie in Deutschland wollen Rechtsextremisten die Diktatur einiger weniger Personen oder eines „Führers“ errichten.

- **Linksextremistische Organisationen**

Linksextremisten versuchen, eine klassenlose Gesellschaft zu errichten, in der es in Wirtschaft und Industrie keinen Privatbesitz mehr gibt. Kommunisten und manche Sozialisten streben die Machtübernahme der „Arbeiterklasse“ im Staat an, indem sie andere „Klassen“ der Gesellschaft bekämpfen und unterdrücken. Die Übernahme der Macht wollen Kommunisten in der Regel durch einen gewalttätigen Aufstand (Revolution) erzwingen. Anarchisten lehnen im Unterschied zu Kommunisten jede feste Form der Macht, d. h. staatliche Strukturen, ab. Autonome wollen „herrschaftsfreie Räume“ schaffen. Den Staat und seine Vertreter wollen sie mit Gewalt zerschlagen bzw. bekämpfen.

2.3 Verfolgung oder Unterstützung von extremistischen Bestrebungen

Unterstützung oder Verfolgung von extremistischen Bestrebungen ist auf vielfältige Weise möglich. Grundsätzlich gehört jede Aktivität dazu, die für die Bestrebung und ihre Ziele objektiv nützlich ist. Danach kommen insbesondere in Betracht:

- Funktionärstätigkeit in einer Organisation, die extremistische Bestrebungen verfolgt oder die von einer Organisation gesteuert wird, die entsprechende Bestrebungen verfolgt,
- aktive Mitgliedschaft in einer Organisation, die entsprechende Bestrebungen verfolgt;
- eigene extremistische Handlungen außerhalb von solchen Organisationen.

Unter einer „Organisation“ ist jeder Personenzusammenschluss zu verstehen. Es muss sich weder um einen Verein im Rechtssinne, noch um förmliche Mitgliedschaften handeln. Auch ein religiöser Zusammenschluss (z.B. Moschee-„Verein“) kann eine Organisation darstellen. „Eigene Handlungen“ können z.B. die Teilnahme an Demonstrationen oder Spenden (auch Spendensammlungen) zugunsten der genannten Organisationen darstellen.

2.4 Abwendung von einer früheren Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen

Eine Abwendung liegt vor, wenn frühere Bestrebungen nicht mehr verfolgt werden. Es muss glaubhaft gemacht werden, dass dies auf einer Änderung der inneren Einstellung beruht. Die Abwendung setzt daher zunächst voraus, dass die Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen eingeräumt und nicht bestritten werden. Des Weiteren ist ein individueller Lernprozess darzutun, der dem Verzicht auf frühere Bestrebungen vorauszugehen hat. Der bloße Austritt aus einem Verein reicht in der Regel nicht aus, insbesondere dann nicht, wenn er in einem zeitlichen Zusammenhang mit dem Einbürgerungsbegehren steht.

2.5 Unterzeichnung der Loyalitätserklärung

- Sofern Sie keine extremistischen Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder verfolgt oder unterstützt haben, unterzeichnen Sie bitte die **Loyalitätserklärung in Abschnitt 3.1**.
- Haben Sie extremistischen Bestrebungen früher verfolgt oder unterstützt, sich inzwischen aber abgewendet, unterzeichnen Sie bitte die **Loyalitätserklärung in Abschnitt 3.2** und machen Sie Angaben, aus denen Ihre Abwendung ersichtlich wird.
- Sind Sie im Zweifel, ob bestimmte Aktivitäten, die Sie verfolgen oder unterstützen oder verfolgt oder unterstützt haben, als Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen

anzusehen sind, geben Sie bitte die **Loyalitätserklärung in Abschnitt 3.3** ab und machen Sie die dort erbetenen Angaben.

Bitte bemühen Sie sich im eigenen Interesse um eine sorgfältige und wahrheitsgemäße Abgabe der erforderlichen Erklärung. Vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben führen zu einer Ablehnung Ihres Antrags; bei bereits vollzogenen Einbürgerungen wird die Rücknahme geprüft. Außerdem sind vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bedroht.

3. Feierliches Bekenntnis

Vor Aushändigung der Einbürgerungsurkunde muss regelmäßig das folgende feierliche Bekenntnis abgegeben werden:

„Ich erkläre feierlich, dass ich das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten und alles unterlassen werde, was ihr schaden könnte.“

Dieses in die Zukunft gerichtete Versprechen setzt voraus, dass Sie sich der Bedeutung und Tragweite des feierlichen Bekenntnisses bewusst sind; auch dem will dieses Merkblatt dienen.

4. Fragen

Richten Sie bitte vertrauensvoll an die für Sie zuständige Einbürgerungsbehörde.

Ich bestätige, dass mir eine Fertigung dieses Merkblatts ausgehändigt worden ist.

Ort, Datum

Unterschrift

Ich habe dazu keine Fragen.

Ort, Datum

Unterschrift

Ich habe Fragen und bitte um ein Gespräch.

Ort, Datum

Unterschrift

Loyalitätserklärung

Familienname, Vorname(n)	Geburtsdatum, und -ort
--------------------------	------------------------

1. Inhalt und Bedeutung der Loyalitätserklärung

1.1 Keine Einbürgerung bei extremistischen Bestrebungen!

Wer extremistische Bestrebungen selbst verfolgt oder derartige Aktivitäten Anderer unterstützt, kann nicht eingebürgert werden. Dies gilt auch, wenn die Verfolgung oder Unterstützung zeitlich zurückliegt, es sei denn, es kann eine Abwendung von der Bestrebung glaubhaft gemacht werden. Eine kurze Erläuterung der extremistischen Bestrebungen findet sich in dem beigefügten **Merkblatt zur Verfassungstreue und Absage an alle Formen des Extremismus**.

1.2 Bedeutung der Loyalitätserklärung

Meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen dient der Ermittlung des Sachverhalts, der der Bearbeitung meines Einbürgerungsantrags zugrunde gelegt wird. Ich bin verpflichtet, wahrheitsgemäße und vollständige Angaben zu machen; sie werden gegebenenfalls dem Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt. Falls ich mich in einer Art und Weise betätigt haben sollte, bei der ich nicht sicher bin, ob ich damit extremistische Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe, teile ich dies ebenfalls mit und kennzeichne die Information als zweifelhaft.

Mir ist bekannt, dass vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben zur Ablehnung meines Antrags, für den Fall einer bereits vollzogenen Einbürgerung zur Prüfung einer Rücknahme meiner Einbürgerung führen werden und dass sie darüber hinaus mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bedroht sind. Ich habe daher meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen mit äußerster Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit vorbereitet und gebe sie in diesem Sinne ab.

1.3 Den Inhalt und die Bedeutung der Erklärung zu extremistischen Bestrebungen einschließlich des Merkblatts habe ich verstanden. Ich gebe auf dieser Grundlage die folgende Erklärung ab; für mich trifft die Variante zu,

- 1.3.1 dass ich **keine** extremistischen Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe (**weiter mit Nr. 2.1**)
- 1.3.2 dass ich früher derartige Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe, mich aber **inzwischen abgewandt** habe (**weiter mit Nr. 2.2**)
- 1.3.3 dass ich **Zweifel** habe, ob ich extremistische Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe (**weiter mit Nr. 2.3**)

2. Meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen

2.1 Keine Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen (zu Nr. 1.3.1)

Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben oder
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Ich bestätige, dass ich Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe; ich versichere, dass ich meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen hiermit nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig abgebe.

Ort, Datum

Unterschrift

2.2 Abwendung von einer früheren Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen (zu Nr. 1.3.2)

Ich erkläre, dass ich vom bis

extremistische Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe. Es handelt sich dabei um folgende Aktivitäten:¹

Ich erkläre weiter, dass ich mich hiervon seit gelöst habe;

zur Glaubhaftmachung meiner Abwendung gebe ich Folgendes an und überreiche dazu folgende Belege:¹

¹ Gegebenenfalls gesondertes Blatt anfügen

Ich bestätige, dass ich Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe; ich versichere, dass ich meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen hiermit nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig abgebe.

Ort, Datum

Unterschrift

2.3 Zweifel an der Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen (zu Nr. 1.3.3)

Ich habe folgende Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder verfolge oder unterstütze sie noch immer, bei denen ich nicht sicher bin, ob es sich um extremistische Bestrebungen handelt:¹

Ich bestätige, dass ich Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe; ich versichere, dass ich meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen hiermit nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig abgebe.

Ort, Datum

Unterschrift

3. Bearbeitungsvermerk der unteren Verwaltungsbehörde

Die Antragstellerin/Der Antragsteller hatte Gelegenheit, Fragen zu stellen.

- Fragen sind nicht gestellt worden.
- Fragen sind gestellt und beantwortet worden.

Die vorstehende Erklärung ist

- in meiner Gegenwart von der/dem Antragsteller/in unterzeichnet worden.
- schriftlich eingereicht worden.

Bemerkungen:¹

¹ gegebenenfalls gesondertes Blatt einfügen

Bekanntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Insbesondere erkenne ich an:

- Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition, • die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Ich bestätige, dass ich über die Bedeutung des Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, deren Grundsätze in dem obigen Erklärungstext abgedruckt sind, unterrichtet bin. Das Merkblatt wurde mir ausgehändigt.

Ort, Datum

Unterschrift

Dem Einbürgerungsantrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

(als beglaubigte Kopie oder im Original)

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> gültiger Nationalpass/Ausweis | <input type="checkbox"/> Geburtsurkunde ggf. mit begl. Übersetzung |
| <input type="checkbox"/> Heiratsurkunde | <input type="checkbox"/> Geburtsurkunden der Kinder |
| <input type="checkbox"/> Ausweis des deutschen Ehepartners | <input type="checkbox"/> Schulzeugnisse von 4 Schuljahren |
| <input type="checkbox"/> Schulabschlusszeugnis | <input type="checkbox"/> Arbeitsvertrag |
| <input type="checkbox"/> Verdienstnachweise der letzten 3 Monate/bei Selbstständigen > Bescheinigung Steuerberater | |
| <input type="checkbox"/> Rentenversicherungsverlauf der gesetzlichen Rentenversicherung oder Nachweis einer gleichwertigen Alterssicherung | |
| <input type="checkbox"/> Nachweis über Deutschkenntnisse, z.B. Schulabschlusszeugnis, Nachweis über abgeschlossene Berufsausbildung in Deutschland, Nachweis über den Besuch eines Deutschkurses, etc. (B1 oder höher) | |
| <input type="checkbox"/> Nachweis Einbürgerungstest | |
| <input type="checkbox"/> Passbild | |
| <input type="checkbox"/> Meldebestätigung der Stadt/Gemeindeverwaltung über die letzten 8 Jahre in der BRD | |
| <input type="checkbox"/> | |

Hinweis:

Bitte den Antrag ausfüllen und zusammen mit den erforderlichen Originalunterlagen persönlich nach vorheriger Terminvereinbarung (Tel.: 04941/16 3219 oder 3220) im Zimmer 1.069 abgeben.

Wegen der erforderlichen Beglaubigung der Unterschriften nicht vorher unterschreiben!